

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Freddy Cremer
Plenarsitzung vom 23.09.2013

Es gilt das gesprochene Wort

PDG-Regierungserklärung

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen,

den Ausführungen unseres Fraktionsführers möchte ich nur einige Gedanken hinzufügen, indem ich zwei Kernideen der Regierungserklärung aufgreife und etwas genauer unter die Lupe nehme. Diese zwei Kernideen sind einerseits der weitere Ausbau der Autonomie unserer Gemeinschaft im Zuge der 6. Staatsreform und andererseits die Frage der Identität der deutschsprachigen Belgier.

Ich nehme bereits vorweg, dass Autonomie und Identität eng miteinander verwoben sind. Es sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille.

1. Die Autonomie muss als dynamischer Prozess verstanden werden.

In wenigen Wochen feiern wir in der DG 40 Jahre Autonomie. Am 23. Oktober 1973 wurde der RdK feierlich eingesetzt. Wer sich mit den Anfängen unserer Autonomie auseinandersetzt, der stellt fest, dass es damals in unserer Gemeinschaft viele Politiker und Parteien gab, die dieser Autonomie skeptisch gegenüber standen und den Standpunkt vertraten, dass der RdK nicht die gleichen Befugnisse wie die anderen

(großen) Kulturräte erhalten solle. Viele waren ursprünglich auch gegen die Direktwahl der RdK-Mitglieder.

Und als das Unterrichtswesen Ende der 80er Jahre vergemeinschaftet wurde, gab es wiederum skeptische und kritische Stimmen, die vor einer Überforderung der Gemeinschaft warnten. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass mit der Übernahme der Verantwortung für das Unterrichtswesen ein Autonomiepaket gestemmt werden müsse, das die Möglichkeiten der DG übersteigen würde. Man kann jedoch am Beispiel des Bildungswesens überprüfbar belegen, dass die DG durchaus in der Lage ist, komplexe Befugnisse zu übernehmen und zu gestalten.

Der Umwandlungsprozess vom Zentralstaat zum Föderalstaat, der mit der ersten großen Staatsreform (1968 -1970) eingeleitet wurde, erreicht mit der 6. Staatsreform eine entscheidende Etappe. 1970 wurde ein Prozess der "**dynamischen Autonomie**" in Gang gesetzt, der genau wie bereits bei den großen Reformen von 1980-1983, 1988, 1994 und 2004 jetzt in eine entscheidende Phase getreten ist. Aus diesem Prozess der dynamischen Autonomie kann man sich nicht auf halber Strecke ausklinken. Das käme einem Sprung aus dem fahrenden Zug gleich; mit der Gefahr, sich das Genick zu brechen.

Die Umsetzung der 6. Staatsreform wird in den kommenden Monaten die belgische Innenpolitik bestimmen. Jetzt heißt es auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft Farbe bekennen und zu zeigen, dass wir zu 100% hinter der Resolution des Parlaments stehen, in der eine Übertragung aller Befugnisse mit den entsprechenden Finanzmitteln gefordert wird. Seit seiner Gründung vor fünf Jahren befürwortet ProDG ein Belgien **der vier gleichberechtigten Gliedstaaten**, in dem alle Partner auf Augenhöhe in ihrer jeweiligen Region aber auch miteinander Politik gestalten.

ProDG ist der festen Überzeugung, dass ein Föderalstaat Belgien mit vier gleichberechtigten Partnern das wirksamste Mittel gegen Separatismus und Konföderalismus ist. Die Qualität eines starken Föderalstaates wird sowohl durch klare Spielregeln zwischen der föderalen Ebene und den Gliedstaaten als auch durch die institutionelle Gleichstellung aller Komponenten, die diesen Bundesstaat bilden, geprägt. Die ProDG-Fraktion möchte in der politischen Kreativabteilung den Ausbau unserer Autonomie mitgestalten.

Wir sind für dieses Modell, weil vier Jahrzehnte Autonomie in der DG belegen, dass Autonomie weder Selbstzweck noch Nabelschau ist und auch nichts mit Großmannssucht zu tun hat. Ganz im Gegenteil, wir sind für Autonomie, weil dadurch ein echter Mehrwert für die Menschen in unserer Gemeinschaft geschaffen wird.

Wenn der DG im Zuge der 6. Staatsreform weitere Befugnisse übertragen werden, wird dies dazu beitragen, Reibungsverluste zwischen den Entscheidungsebenen zu verhindern. Durch die Schaffung kohärenter Zuständigkeitsbereiche wird die beste Voraussetzung geschaffen für noch gezieltere und passgenauere Maßnahmen, z.B. in den Bereichen der Beschäftigungs-, der Gesundheits- und der Familienpolitik.

Sieht man in der Kohärenz der Zuständigkeitsbereiche eine wichtige Voraussetzung für effizientes politisches Handeln, dann wird deutlich, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wirtschaftspolitische Maßnahmen **und** institutionelle Reformen **gleichzeitig** durchgeführt werden müssen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und die Vereinfachung des institutionellen Gefüges sind komplementär.

2. Autonomie und Identität sind wie siamesische Zwillinge

Von mehreren Vorrednern, wurden die geplanten Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die an das bisher Erreichte und an die Ursprünge

unserer Autonomie erinnern sollen, vehement kritisiert: zu viel, zu teuer, zu pompös, zu verschwenderisch... ja eigentlich überflüssig. Auch die Kritik am neuen Parlamentsgebäude bedient sich seit geraumer Zeit dieser Adjektive.

Und da in acht Monaten Wahlen anstehen, steht natürlich jede Aktion der Regierung und der Mehrheit *per se* unter Generalverdacht. Jeder Schritt und jede Aktion werden mit Argusaugen beobachtet. Ich glaube behaupten zu können, dass es noch nie – und diese Feststellung hat universellen Charakter – , dass es noch nie in der parlamentarischen Geschichte je einer Mehrheit in einem Wahljahr gelungen ist, es der Opposition auch nur ansatzweise recht zu machen.

Auch wenn die Autonomie-Festlichkeiten in ein Wahljahr fallen und wenn man weiß, dass die politische Fieberkurve in einem Wahljahr bedrohlich ansteigt, sollten wir darauf achten, dass Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Es geht keineswegs darum, selbstverliebt in den Spiegel zu schauen und sich zu fragen: „Wie können wir uns der Öffentlichkeit präsentieren?“

Wir alle würden eine einmalige Gelegenheit verpassen, den Menschen in unserer Gemeinschaft zu zeigen, dass diese Autonomie keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass viele Menschen in den vergangenen Jahrzehnten hart für diese Autonomie gerungen haben. Neben dem Einsatz von Politikern gilt es auch das Wirken von Kulturträgern, Journalisten, Kultusträgern und Schulverantwortlichen zu würdigen. Die Jubiläumsfeierlichkeiten sollten vor allem ein Moment der Selbstreflexion sein, in dem wir darüber nachdenken, wie schwierig die Anfänge dieser Autonomie waren, wie diese Autonomie schrittweise erweitert wurde und welche zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen sind.

Auch wenn in Einzelfragen Differenzen sowohl zwischen Mehrheit und Opposition als auch zwischen den einzelnen Parteien bestehen, sollte es einen fraktionsübergreifenden **Grundkonsens** darüber geben, dass erst die Autonomie den 75 000 Einwohnern unserer Gemeinschaft die einmalige politische Voraussetzung bietet, das Gemeinwohl in unserer Gemeinschaft eigenverantwortlich zu gestalten.

Es muss unser aller Anliegen sein, den Menschen in unserer Gemeinschaft die Vorteile der Autonomie zu zeigen und nicht mit der Geisteshaltung eines Buchhalters vorzurechnen, ob eine Veranstaltung oder eine Veröffentlichung zu viel gekostet hat. Die gleiche Feststellung gilt für das neue Parlamentsgebäude. Wenn sich die ganze Auseinandersetzung hier im Parlament auf die Kostenfrage reduzieren sollte, dann haben wir alle die einmalige Chance verpasst, das Parlament als das darzustellen, was es ist: ein Ort der gelebten parlamentarischen Demokratie, ein Ort der parlamentarischen Streitkultur. Auch wenn es sehr unterschiedliche Ansichten und Meinungen zu diesem Bau gegeben hat und noch gibt, sollte dieser wesentliche Aspekt nicht vergessen werden. Es muss in Zukunft so sein, dass alle Fraktionen von UNSEREM Parlament reden.

Zukunft braucht Vergangenheit. Politik ohne Bezug zur Vergangenheit ist wie ein Mensch, der sein Gedächtnis verloren hat; er hat keine Wurzeln und ist orientierungslos. Politiker unserer Gemeinschaft sollten nie vergessen, dass die Autonomie unserer Gemeinschaft das Resultat einer politischen Emanzipation ist, die in den 60er Jahren einsetzte. Dieses Wissen und dieses Selbstbewusstsein sollten ein wesentlicher Ansporn für die weitere Gestaltung der Autonomie sein. Goethes Wort „Was du ererbt von einen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“ sollte eine Verpflichtung für alle Politiker in unserer Gemeinschaft sein.

Die Autonomie, über die wir heute verfügen, ist weder eine Selbstverständlichkeit noch ein Selbstläufer. Die Autonomie ist nur in dem Maße qualitativ, wie Menschen bereit sind, sich für die Gestaltung dieser Autonomie einzusetzen. Und wir sollten die anstehenden Feierlichkeiten dazu nutzen, um dies allen Bürgern – und ganz besonders den jungen Menschen – in unserer Gemeinschaft zu vermitteln.

Wenn dies geschieht, dann können wir einen Beitrag dazu leisten, dass Identität entsteht. Und mit Identität meine ich nicht die monolithische, die in Stein gemeißelte Identität. Identität ist immer, und das habe ich bereits vor vielen Jahren geschrieben, ist immer nur Identitätssuche. Genauso wie der Ausbau der Autonomie ein dynamischer Prozess ist, genauso ist die Identität der Deutschsprachigen nicht statisch oder ein für allemal festgelegt. Identitätsbewusstsein steht im diametralen Gegensatz zum identitären Diskurs, der abgrenzen möchte und unweigerlich in eine Sackgasse führt.

Die Herausbildung eines **offenen** Identitätsbewusstseins ist immer ein dynamischer Prozess. Identität kann daher nicht in der Art einer „politischen Schluckimpfung“ verordnet werden: weder durch Festakte, noch durch Schulbücher, noch durch Ausstellungen. Dies ist auch keineswegs die **Absicht** dieser Veranstaltungen und Initiativen. Aber all dies kann dazu beitragen, dass allmählich ein Identitätsbewusstsein bei den Menschen in unserer Gemeinschaft entsteht.

Und dieses Identitätsbewusstsein ist – wie ich eingangs sagte – das Pendant zur Autonomie.

Jenseits aller Wahlkampfgeplänkel sollte dieser Grundkonsens der von allen Fraktionen dieses Hauses angenommene Rahmen der bevorstehenden Erinnerungsfeierlichkeiten sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Freddy Cremer
ProDG-Fraktion im PDG